

**Rede
des Sprechers für Medienpolitik**

Dr. Alexander Saipa, MdL

zu TOP Nr. 19c

Aktuelle Stunde

**Filter, Sperren und Schranken im Internet? - Der
Artikel 13 des Grundgesetzes und seine hässlichen
Verwandten**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3310

während der Plenarsitzung vom 28.03.2019
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unser Parlamentarischer Geschäftsführer Wiard Siebels hat es im Rahmen einer Pressemitteilung schon einmal angesprochen: In Ihrem ursprünglichen Antrag - das war unverständlich - hatten Sie Artikel 13 des Grundgesetzes erwähnt. So etwas kann ja jedem mal passieren; Sie haben das dann korrigiert. Die Frage ist nur: Haben da Ihre Filter versagt? Sind Sie wieder mal ausgerutscht? - Man weiß es nicht so ganz genau.

Aber wir reden ja heute nicht über AfD-Filterblasen, sondern über die Reform des Urheberrechts. Es ist tatsächlich schwer, jemanden zu finden, der die aktuelle und nun im EU-Parlament abgestimmte Version der Urheberrechtsreform richtig unterstützt. Datenschützer und YouTuber, große Unternehmen, kleine Start-ups, Bürgerrechtler und IT-Verbände - alle warnen vor Artikel 13, jetzt neu: Artikel 17.

Unsere Kritik an der Richtlinie bleibt im Kern, auch nach der Abstimmung, vollkommen richtig. Die überwiegende Anzahl an Artikeln in der Richtlinie allerdings enthält durchaus sinnvolle Änderungen, um das Urheberrecht an das digitale Zeitalter anzupassen. Das bestreitet auch so gut wie keiner. Doch Artikel 13 - heute 17 - ist derart verkorkst, dass der zu erwartende Schaden erheblich größer ist als der propagierte Nutzen. Dort ist nicht explizit von Uploadfiltern die Rede; das wissen wir. Aber den meisten Plattformen bleibt nichts anderes übrig, als alle Inhalte zu scannen, die Nutzer hoch-laden wollen. Bislang haften die Anbieter nämlich erst für Rechtsverletzungen, wenn sie darauf hingewiesen werden. Der Artikel 13 - neu: 17 - sieht eine Haftung ab dem Moment des Uploads vor.

Die Plattformbetreiber haben nun zwei Möglichkeiten: Entweder sie besorgen sich alle Lizenzen von allen Rechteinhabern der Welt - das ist so unmöglich, wie es klingt -, oder sie filtern vorab.

Warum sehen wir als SPD das nun auch als kritisch an? - Wirklich nur wenige Unternehmen haben die finanziellen und technischen Möglichkeiten, solche Filtersysteme zu programmieren. Die meisten davon sitzen im Silicon Valley.

Europäische Start-ups haben damit keine große Chance gegen die Riesen. Wir hier im Niedersächsischen Landtag wären nicht so gründer- und technologiefeindlich; da bin ich mir sicher.

YouTube z. B. setzt bereits Software ein, die Urheberrechtsverletzungen erkennen soll. Dabei geht es aber nur um Musik - das ist eine technisch ziemlich einfache Aufgabe. Und obwohl Google wohl round about 100 Millionen Dollar in die Technik investiert haben soll, löscht das System auch immer wieder legale Videos, und es lässt sich auch missbrauchen.

Wenn also nun ein Universalfilter gewünscht ist, der Texte, Videos und Bilder sicher analysieren soll, wäre das bei Weitem komplexer und wahrscheinlich auch viel unzuverlässiger.

Digitalisierung hin oder her - Maschinen haben eben keine Ahnung von Satire und Memes; sie können Parodien nicht erkennen und sind mit dem Zitatrecht heillos überfordert. Vorabfilterung greift nachweislich auch in die Privatsphäre ein und verstößt gegen das Recht auf Meinungsfreiheit. So urteilte der EuGH bereits 2012.

Bis die Richter die jetzt verabschiedete Richtlinie abschließend geprüft haben werden, wird es sicherlich noch einige Zeit dauern. Bis dahin können die Grundlagen für eine riesige Filterinfrastruktur vorhanden sein, bei der manche natürlich die Gefahr sehen, dass sie für eine Zensur missbraucht werden kann.

Natürlich wünschen wir als demokratische Parteien uns alle ein Netz ohne Hass, ohne Terrorpropaganda und auch ohne Verstöße gegen das Urheberrecht. Aber Filterung à la China ist sicherlich nicht die moderne Technik, die uns die Digitalisierung als einziges Mittel liefern kann.

Ich freue mich, dass die SPD-Abgeordneten im EU-Parlament die Richtlinie geschlossen nicht befürworten. Und die niedersächsischen Abgeordneten Tiemo Wölken und Bernd Lange haben explizit dagegen gestimmt.

Sie können gleich noch einmal klatschen: Wir haben das Glück, dass unsere niedersächsischen EU-Abgeordneten die Positionierung gegen Uploadfilter unseres Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stephan Weil auch in Europa stützen. Dafür gilt ihnen der besondere Dank der SPD-Landtagsfraktion.

Heute Nachmittag - das wurde eben schon er-wähnt - werden wir noch zwei Anträge zu diesem Thema in die Ausschüsse überweisen. Die weiteren Beratungen zu diesen beiden Anträgen sollten wir nutzen, um im Landtag eine gemeinsame demokratische Haltung zu der nun wohl unaufhaltsamen nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie einzufordern. Gemeinsam können wir daran arbeiten, die neue Zeit zu gestalten - und das auch ohne nur ideenlos auf Filterung zu setzen.

Vielen Dank.